

November 2012

## **Schadensbilanz Schwarz-Gelb**

### **Klientelpolitik und soziale Spaltung ...**

- **Mövenpicksteuer, Steuergeschenke für Reiche, Milliardenverschwendung Betreuungsgeld, Strafvereitelung bei internationaler Steuerhinterziehung, aber: Kürzungen zu Lasten von Arbeitslosen, tatenlos bei steigenden Mieten und Energiekosten, Minirente statt Anerkennung von Lebensleistung**

### **Privilegien und Chancenungleichheit ...**

- **„Bildungsrepublik“ bleibt leere Worthülse, 10-Prozent-Ziel aufgegeben, Kita-Ausbau erlahmt, Betreuungsgeld verschärft ungleiche Chancen**
- **Blockade der Frauenquote für Führungspositionen, keine Entgeltgleichheit**

### **Lohndumping zu Lasten des Steuerzahlers ...**

- **Täuschen und Tricksen beim Mindestlohn, Missbrauch von Leiharbeit, Ausweitung von Niedriglöhnen**

### **Investitionsstau ...**

- **Kahlschlag bei Städtebau und sozialer Stadt**
- **Kommunen fehlt das Geld zu investieren**
- **Wortbruch bei steuerlicher Forschungsförderung**
- **Zeitverschwendung bei CO2-Gebäudesanierung**

### **Chaos in der Energiepolitik ...**

- **Steigende Umlagen, steigende Preise, stockender Netzausbau**

### **Verlogenheit in der Eurokrise ...**

- **Krisenländer in der Abwärtsspirale, Eurozone in der Rezession, Negativrekord bei Arbeitslosigkeit in Europa, EZB häuft faule Kredite an, Risiken für den deutschen Steuerzahler steigen**

## ARBEIT UND SOZIALES

### Kahlschlag bei der Arbeitsförderung

#### **Versprochen: Arbeitschancen für alle, keine Kürzungen**

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP „Arbeitschancen für alle“ (S. 21) versprochen. Es hieß: „Wir stehen für eine effektive und effiziente Arbeitsmarktpolitik, die Arbeitslose dabei unterstützt, rasch wieder eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu finden.“ (S. 81) Bei der Reform der Job-Center sicherte die Bundesregierung zu, dass die arbeitsmarktpolitischen Mittel verstetigt werden.

#### → **Gebrochen: Kahlschlag bei der Arbeitsförderung**

Die Kürzungen des schwarz-gelben Sparpaketes im Kernbereich der Arbeitsmarktpolitik summieren sich zu Lasten der aktiven Arbeitsmarktpolitik bis 2016 auf 36,5 Milliarden Euro. Statt die Chancen von Menschen ohne Arbeit durch bessere Vermittlung und Qualifizierung zu verbessern, greift Schwarz-Gelb die aktive Arbeitsmarktpolitik an. Arbeitsmarktpolitische Pflichtleistungen werden in Ermessensleistungen umgewandelt. Die Folge: Arbeitsuchende haben weniger Rechte und werden zu Bittstellern degradiert (Beispiel: Gründungsförderung).

Gerade in der für das kommende Jahr absehbar schwierigen Konjunkturlage ist ein Instrument wie das Kurzarbeitergeld notwendig. Doch Schwarz-Gelb hat die Sonderregelung auslaufen lassen. Dabei verfügt auch die Bundesagentur für Arbeit nicht über ausreichende finanzielle Rücklagen, um eine Krise zu stemmen.

#### → **Fazit: Verlierer der schwarz-gelben Haushaltspolitik sind die Arbeitslosen. Die Arbeitsförderung ist der einzige Bereich, in dem Schwarz-Gelb die Kürzungen des Sparpaketes umsetzt. Mit der Gefahr, dass Arbeitslosigkeit wieder wächst und die Wirtschaft, die Fachkräftebedarf hat, geschwächt wird.**

### Lohndumping zu Lasten des Steuerzahlers

#### **Versprochen: Mindestlohn**

Bundesarbeitsministerin von der Leyen kündigte mehrfach die Einführung eines Mindestlohns an: „Wir wollen einen marktwirtschaftlich organisierten Mindestlohn, von Gewerkschaften und Arbeitgebern ausgehandelt. Wenn immer mehr Menschen für so wenig Geld arbeiten, dass der Staat das Einkommen aufstocken muss, geht es nicht mit rechten Dingen zu.“<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Spiegel Online, 14.11.2011

→ **Gebrochen: Der Mindestlohn kommt nicht**

Die Ankündigungen der Bundesarbeitsministerin bleiben folgenlos. Klar ist, dass weder ihre eigene Partei noch der Koalitionspartner bei diesem Projekt mitzieht. Zwar einigte sich die CDU/CSU auf einen Mogel-Mindestlohn, der für Branchen ohne Tarifverträge gelten soll, aber eben keine allgemeine und verbindliche Untergrenze festschreibt. Aber die FDP lehnt sogar dieses Modell ab. Auch beim letzten Koalitionsausschuss im November 2012 war der Mindestlohn kein Thema.

- **Fazit: Diese Regierung hat kein Interesse daran, Lohndumping zu verhindern. Sie tut nichts für Millionen von Beschäftigten, die weniger als 8,50 Euro die Stunde bekommen. Der Steuerzahler subventioniert Löhne, die zum Leben nicht reichen, mit Sozialtransfers. Ein Mindestlohn würde allein den Bundeshaushalt um mehr 3 Milliarden Euro jährlich entlasten.**

## Lobby- vor Arbeitnehmerinteressen in der Zeit- und Leiharbeit

### Versprochen: Eindämmung des Missbrauchs bei der Zeit- und Leiharbeit

Nachdem bekannt wird, in welchem Maße die Drogeriekette Schlecker Leiharbeit für Lohndumping ausgenutzt hat, verspricht Bundesarbeitsministerin von der Leyen, gegen Missbrauch in der Leiharbeit vorzugehen: „Mein Ziel ist eine glasklare Regelung in dieser Legislatur, ob auf gesetzlichem oder tariflichem Weg.“<sup>2</sup> „Es ist inakzeptabel, dass Mitarbeiter längerfristig ein und dieselbe Arbeit machen und es dafür unterschiedliche Löhne gibt.“<sup>3</sup>

→ **Gebrochen: Lobbyinteressen setzen sich durch**

Bundesarbeitsministerin von der Leyen brauchte lange, um gesetzliche Regelungen auf den Weg zu bringen. Doch ein Großteil der Probleme bei der Leiharbeit bleiben ungelöst. Verbesserungen gibt es nur für Betroffene, die innerhalb von sechs Monaten nach ihrer Entlassung wieder als Leiharbeiter eingestellt werden. Nur dann sollen sie den gleichen Lohn erhalten. Werden sie später wieder eingestellt, können sie auch zu schlechteren Konditionen beschäftigt werden. Immerhin erreichte die SPD im Vermittlungsverfahren zur Job-Center-Reform einen verbindlichen Branchenmindestlohn in der Leiharbeit. Trotzdem gilt immer noch nicht: „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“.

Die Gewerkschaften versuchen auszuwetzen, wo die Regierung versagt: IG-Metall und IG BCE haben 2012 mit der Vereinbarung von Zuschlägen für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter wesentliche Verbesserungen erreicht. Es fehlen aber weiter gesetzliche Regelungen, die das Prinzip „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ durchsetzen, die Verleihdauer und die konzerninterne Verleihung begrenzen und die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte in den Entleihunternehmen stärken.

<sup>2</sup> Die Welt, 25.03.2012

<sup>3</sup> Ebd.

→ **Fazit: Schwarz-Gelb schaut dem Missbrauch bei der Zeit- und Leiharbeit weiter zu.**

### **Lohndrückerei durch Werkverträge wird ignoriert**

#### **Versprochen: Missbrauch prüfen**

Als Anfang 2012 der zunehmende Missbrauch von Werkverträgen durch Unternehmen öffentlich wird und die Gewerkschaften schärfere Regelungen anmahnen, verspricht Bundesarbeitsministerin von der Leyen, „die Lage zu prüfen“.

#### → **Gebrochen: Folgenloses Gerede**

Von der Leyen prüft und prüft – doch für die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat sich bis heute nichts geändert. Werk- und Dienstleistungsverträge sind ein althergebrachtes Rechtsinstrument. Neu ist aber, dass sie zunehmend zur Lohndrückerei missbraucht werden. Die Übergänge zwischen Werkverträgen, die der sinnvollen Auslagerung von Tätigkeiten dienen und anständig bezahlt werden, zu solchen, die wegen Lohndumping und zum Unterlaufen der Arbeitnehmerrechte abgeschlossen werden, sind fließend. Die geltenden rechtlichen Regelungen werden nach Einschätzung von Expertinnen und Experten häufig verletzt und nur selten eingeklagt. Die Risiken werden auf die Schwächsten abgewälzt, etwa auf die Solo-selbstständigen, die am Ende einer Kette von Subunternehmern stehen.

→ **Fazit: Mit Schwarz-Gelb geht der Missbrauch von Werkverträgen weiter.**

### **Ausweitung statt Eindämmung geringfügiger Beschäftigung**

#### **Versprochen: Bessere Arbeitsmarktintegration von Mini-Jobbern**

Im Koalitionsvertrag haben sich CDU/CSU und FDP dazu bekannt, „die Brückenfunktion von Mini- und Midi-Jobs in voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu stärken.“ (S. 22).

#### → **Gebrochen: Geringfügige Beschäftigung wird ausgeweitet**

Wenn die Koalition geringfügig Beschäftigten wirklich eine Perspektive für eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hätte geben wollen, hätte sie Initiativen zur Bekämpfung des Missbrauchs von Mini-Jobs auf den Weg bringen müssen. Gleichzeitig hätte sie die Geringfügigkeitsgrenze nicht anheben dürfen. Denn: Mittlerweile ist es arbeitsmarktpolitisch unumstritten, dass Mini-Jobs keine Brückenfunktion haben. Mit der schwarz-gelben Anhebung der Geringfügigkeitsgrenze wird die Aufspaltung von bislang sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen in mehrere Mini-Jobs erleichtert. Selbst die behauptete Erhöhung der Einkommen geringfügig Beschäftigter ist nicht sicher gestellt, so lange es weder einen flächen-deckenden gesetzlichen Mindestlohn noch eine Wochenstundenbegrenzung bei den

Mini-Jobs gibt: Die Gefahr besteht, dass die Stundenlöhne bei geringfügig Beschäftigten weiter sinken werden.

→ **Fazit: Schwarz-Gelb weitet den Niedriglohnsektor weiter aus.**

### **Minirente statt Anerkennung von Lebensleistung**

#### **Versprochen: Alterseinkommen oberhalb der Grundsicherung**

Im Koalitionsvertrag versprachen CDU/CSU und FDP, die Altersarmut zu bekämpfen (S. 82). Es heißt: „Rente ist kein Almosen. Wer sein Leben lang hart gearbeitet hat, der hat auch einen Anspruch auf eine gute Rente.“ (S. 24) Eine Regierungskommission sollte Lösungen erarbeiten.

#### → **Gebrochen: Für langjährig Versicherte nur eine Minirente**

Die Regierungskommission kam nie zustande. Zwei Jahre blieb von der Leyen taatenlos. Nach zwei Referentenentwürfen und dem Koalitionsausschuss am 4. November 2012 ist immer noch unklar, was die Koalition will. Klar ist nur: Die Ursachen von Altersarmut auf dem Arbeitsmarkt werden nicht bekämpft. Und Versicherungsleistungen werden nicht angemessen berücksichtigt. Die Regierung sagt: Die Höhe der so genannten „Lebensleistungsrente“ soll „knapp oberhalb der Grundsicherung“ liegen. Wenn damit der bundesrepublikanische Durchschnitt gemeint ist, bleibt nur eine Minirente.

→ **Fazit: Verlierer der schwarz-gelben Rentenpolitik sind Versicherte, die trotz langjähriger Beitragszahlung aufgrund von Niedriglohnbeschäftigung oder Zeiten der Arbeitslosigkeit keine Rentenanwartschaft oberhalb des Grundsicherungsniveaus erzielen werden.**

### **Kein einheitliches Rentenrecht für Ost und West**

#### **Versprochen: Ein einheitliches Rentensystem in dieser Legislaturperiode**

Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP hieß es: „Wir führen in dieser Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem in Ost und West ein.“ (S. 84).

#### → **Gebrochen: Kein einheitliches Rentenrecht für Ost und West**

Der Ankündigung folgten keine Taten. Nötig ist ein Modell, das den Interessen von Bestands- und Zugangsrentnerinnen und -rentnern gerecht wird. Es muss von West- und Ostdeutschen akzeptiert werden und zudem finanzierbar sein. Schwarz-Gelb aber hat noch nicht einmal einen politischen Prozess initiiert, es zu entwickeln. Stattdessen hat sie eine Erwartungshaltung geweckt, die nun bitter enttäuscht wird.

→ **Fazit: Schwarz-Gelb bietet nach 22 Jahren deutscher Einheit keine Perspektive für ein einheitliches gesamtdeutsches Rentenrecht.**

## Die schwarz-gelbe Steuerlüge

### **Versprochen: Entlastung unterer und mittlerer Einkommen**

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, „eine steuerliche Entlastung insbesondere für die unteren und mittleren Einkommensbereiche sowie für die Familien mit Kindern in einem Gesamtvolumen von 24 Mrd. Euro (volle Jahreswirkung) im Laufe der Legislaturperiode“ vorzunehmen (S. 10). Den Einkommensteuertarif wollte Schwarz-Gelb bis zum 1. Januar 2011 zu einem Stufentarif umbauen (S. 11).

### **→ Gebrochen: Klientelpolitik und Steuergeschenke für Reiche**

In einem so genannten „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ führte Schwarz-Gelb die „Mövenpicksteuer“ ein: Mövenpick hatte vor der Wahl Parteispenden an Union und FDP überwiesen, jetzt bekam die Branche ein Umsatzsteuerprivileg für Hoteliers. Zudem wurden Erben begünstigt und die Steuervermeidung von Unternehmen durch internationale Gewinnverlagerung wurde erleichtert.

Zwar wurden zu Jahresanfang 2010 auch Kindergeld und Kinderfreibetrag erhöht. Aber kaum war die NRW-Wahl verloren, kassierte Kanzlerin Merkel das Steuerentlastungsversprechen wieder ein. Dass die versprochenen Steuersenkungen angesichts der krisenbedingten Belastungen der öffentlichen Haushalte und des enormen strukturellen Konsolidierungsbedarfs unrealistisch waren, stand bereits vor der Bundestagswahl und bei der Formulierung des Koalitionsvertrages fest. Die schwarz-gelben Steuerpläne sind zu einem Sinnbild unverantwortlicher und realitätsverweigernder Politikversprechen geworden, die einen großen Vertrauensschaden bei den Bürgerinnen und Bürgern verursacht haben. Merkel hat den Menschen wider besseres Wissen etwas vorgemacht.

Die FDP, die im Wahlkampf Steuersenkungsversprechen von 80 Milliarden Euro (BMF-Berechnung) gemacht hat, hat Schiffbruch erlitten: Am Ende beschloss der Koalitionsausschuss im November 2011 das „Progressionsabbaugesetz“, das für 2013 eine Steuersenkung von 2 Milliarden und für 2014 von 4 Milliarden ankündigte. Für Geringverdiener bringt dieses Gesetz eine Tasse Kaffee im Monat. Spitzenverdiener bekommen 30 Euro geschenkt. Die öffentliche Hand aber hätte auf Dauer 6 Milliarden Euro im Jahr weniger für Schuldenabbau und Bildung. Wir lehnen diesen Unsinn im Bundesrat ab.

### **→ Fazit: Schwarz-Gelb hat Bürger und Steuerzahler belogen und betrogen.**

## Die schwarz-gelbe Haushaltslüge

### Versprochen: Gerechte Finanzpolitik und Schuldenabbau

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, „die im Grundgesetz neu verankerte Schuldenbremse“ umzusetzen und „eine generationengerechte Finanzpolitik“ zu praktizieren (S.6).

### → Gebrochen: Sozialkürzungen, Luftbuchungen und neue Schulden

Im Sommer 2010 legte die Koalition ein so genanntes „Sparpaket“ vor: Kürzungen bei den Ausgaben für Arbeit und Soziales, Einsparungen bei der Bundeswehr, Mehreinnahmen durch eine Finanztransaktionssteuer wurden aufgelistet. Aus den Sparbeiträgen der Bundeswehr wurden Mehrausgaben. Die Finanztransaktionssteuer blieb ein finanzpolitisches Luftschloss. Die sozialen Einschnitte bei den Arbeitslosen aber wurden umgesetzt.

Gestrichen wurde das Elterngeld für Arbeitslose. Betroffen sind rund 130.000 Familien, darunter etwa 47.000 Alleinerziehende. Gestrichen die Rentenversicherungsbeiträge für Arbeitslose. Gestrichen der Heizkostenzuschuss beim Wohngeld. Massiv gestrichen im Eingliederungstitel, aus dem vor allem Langzeitarbeitslose gefördert werden.

Trotzdem hat Schwarz-Gelb für Klientelpolitik und Steuerprivilegien neue Schulden aufgehäuft. Von Ende 2009 bis heute stieg der Schuldenstand des Bundes von rd. 975 Mrd. Euro auf über 1050 Mrd. Euro an. Die gesamte öffentliche Schuldenquote Deutschlands stieg von knapp 75% Ende 2009 auf über 80% des BIP. Die Neuverschuldung des Bundes wird in diesem Jahr noch immer stolze 28 Mrd. Euro betragen, weitere 17 Mrd. Euro dann im nächsten Jahr. Wer trotz Milliardenkürzungen im Sozialhaushalt, einer günstigen Konjunktur mit steigenden Steuereinnahmen und einem historisch einmalig niedrigen Zinsniveau noch immer nicht auf eine schwarze Null im Haushalt kommt, betreibt Verschwendung zu Lasten der Zukunft.

Hat die Legislaturperiode begonnen mit der Mövenpicksteuer, so endet sie mit dem Betreuungsgeld: Einer 2-Milliarden-Euro schweren Vergeudung von Steuergeld für eine unsinnige Prämie, die Frauen vom Beruf und Kinder von der Bildung fern hält.

### → Fazit: Schwarz-Gelb spaltet die Gesellschaft und verschuldet den Staat.

## Gemeindefinanzen – Neuordnung gescheitert

### Versprochen: Ausgewogene Lastenverteilung

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, „auf eine ausgewogene Lastenverteilung zwischen den Ebenen der öffentlichen Haushalte achten“ zu wollen (S. 20). Eine Kommission sollte die Neuausrichtung der Gemeindefinanzierung erarbeiten (S. 14).

→ **Gebrochen: Kommunen unter Druck**

Insgesamt verursachen die schwarz-gelben Steuergeschenke aus dem Jahr 2010 Mindereinnahmen für Bund, Länder und Gemeinden von gut 10 Mrd. Euro. Die Kommunen sind mit Ausfällen in Höhe von 2,2 Mrd. Euro betroffen.

Diese Gemeindefinanzkommission wurde 2010 eingesetzt und hat bis Mitte 2011 getagt – im zentralen Punkt der Kommunalsteuern ohne Ergebnis. Das BMF fasste den zentralen Dissens zwischen Bund und Kommunen wie folgt zusammen: „Während der Bund ein Modell vorlegte, nach dem das kommunale Steuersystem durch den Ersatz der Gewerbesteuer durch einen mit Hebesatz versehenen Anteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie einen höheren Anteil am Umsatzsteueraufkommen verstetigt wird, strebten die kommunalen Spitzenverbände bei der Gewerbesteuer eine Stärkung der ertragsunabhängigen Hinzurechnungen sowie die Einbeziehung der Freien Berufe in die Gewerbesteuer an.“ Mit anderen Worten: Schwarz-Gelb ist mit der Abschaffung der Gewerbesteuer gescheitert, die das zentrale Anliegen war.

Es war schließlich die SPD, die beim Vermittlungsverfahren zur Job-Center-Reform im Frühjahr 2011 zumindest ein wichtiges Entlastungsanliegen der Kommunen durchgesetzt hat: Die schrittweise Ausweitung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Grundsicherung im Alter bis hin zu deren vollständiger Übernahme durch den Bund ab 2014.

Wichtige andere Probleme der Kommunalfinzen, etwa das immer stärkere Auseinanderdriften der finanziellen Ausstattung zwischen strukturstarken und strukturschwachen Kommunen oder das Problem der ausufernden Kassenkredite hat Schwarz-Gelb nicht in Angriff genommen.

→ **Fazit: Schwarz-Gelb hat die entscheidenden Probleme der Kommunalfinzen nicht angefasst.**

## Erleichterung von Steuerflucht statt Bekämpfung von Steuerhinterziehung

### Versprochen: Bekämpfung der Steuerhinterziehung

„Die Bemühungen im Kampf gegen die internationale Steuerhinterziehung werden wir weiter vorantreiben“, so steht es Koalitionsvertrag (S. 14)

→ **Gebrochen: Beihilfe zur Steuerflucht und Strafvereitelung**

Erneut wurden 2010 missbräuchliche Verlustverrechnungsmodelle und Gewinnverlagerungen ins Ausland ermöglicht. Es sind nicht die Steuerhinterzieher, die die Regierung Merkel fürchten mussten. Bekämpft werden von Schwarz-Gelb vielmehr die Bemühungen, Steuerhinterziehung zu unterbinden. Das Steuerabkommen mit der Schweiz begünstigt Steuerhinterzieher gleich doppelt: Sie gehen nicht nur straffrei aus, sondern zahlen im Ergebnis weniger Steuern als ehrliche Steuerpflichtige. Da-



mit nicht genug. Schwarz-Gelb stellt sich auch noch dagegen, Steuerhinterzieher dingfest zu machen. Der Ankauf von Steuer-CDs zur Strafaufklärung soll verhindert werden. „Zwielichtige CD-Käufe sind kein dauerhaftes rechtsstaatliches Prinzip“, so PStS Kampeter aus dem BMF.

→ **Fazit: Bei Schwarz-Gelb geht in Sachen Steuerbetrug die Kumpanei vor dem Recht.**

# BÄNDIGUNG DER FINANZMÄRKTE

## Zaungast bei der internationalen Finanzmarktregulierung

### Versprochen: Regulierung der Finanzmärkte

Der Koalitionsvertrag verspricht, Initiativen zu ergreifen, „um auf europäischer und internationaler Ebene eine Vorreiterrolle bei der Vermeidung zukünftiger Krisen wahrzunehmen. Denn in Zukunft darf es kein Finanzmarktprodukt, keinen Finanzmarktakteur und keinen Finanzmarkt geben, der nicht reguliert und beaufsichtigt sind“ (S. 52).

### → Gebrochen: Mutlose Symbolpolitik

In der Finanzmarktpolitik der Koalition kann von einer Vorreiterrolle auf europäischer und internationaler Ebene keine Rede sein: Schwarz-Gelb trägt dazu bei, dass in europäischen und internationalen Gremien die „kleinen“ Kompromisse vorherrschen. Bei der Umsetzung der entsprechenden europäischen Richtlinien in nationales Recht geht die schwarz-gelbe Koalition nur in ganz wenigen Fällen über die im Ergebnis meist unzureichenden Vorgaben der EU hinaus.

Restrukturierungsgesetz, Bankenabgabe, Reform der Vergütungssysteme, Verbot ungedeckter Leerverkäufe und Finanztransaktionssteuer – allesamt wichtige Reformvorhaben, die von Sozialdemokraten in der Großen Koalition angestoßen wurden. Die jetzige Bundesregierung hingegen fällt als Initiator und Treiber einer durchgreifenden Regulierung und Eindämmung des spekulativen Kapitals aus.

Mit den Beschlüssen des Europäischen Rates vom Juni 2012 immerhin wurde auf europäischer Ebene dank sozialdemokratischer Beharrlichkeit der Weg frei gemacht für die **Einführung einer Finanztransaktionssteuer**. Die Umsetzung im Rahmen einer verstärkten Kooperation vollzieht sich aber im Schneckentempo, denn: In Wirklichkeit wollen weder Schäuble noch die FDP die Finanztransaktionssteuer. Europa wird als Ausflucht vorgeschoben.

Nach wie vor gibt es weite Bereiche des Finanzsektors, die keiner oder nur einer geringen Aufsicht unterliegen. Wenn auch auf geringerem Niveau als in anderen Ländern, so erfreut sich dieser Schattenbankensektor auch in Deutschland unter Schwarz-Gelb eines langsam aber stetig wachsenden Anteils. Zunehmend werden Geschäfte aus Banken in Schattenbanken verlagert. Ein Ende dieser Regulierungs- und Aufsichtsarbitrage ist nicht in Sicht.

Dass Deutschland im Basel III-Prozess sinnvolle Einzelregelungen erreicht hat, ändert nicht das Gesamtbild eines mutlosen und willensschwachen Zaungastes der Entwicklung.

### → Fazit: Statt eine Vorreiterrolle bei der Regulierung der Finanzmärkte einzunehmen, wird Deutschland unter Schwarz-Gelb zum Bremser und Nachzügler.

## Kniefall vor dem Erpressungspotenzial systemrelevanter Banken

### Versprochen: Ende der Staatshaftung

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, zu „verhindern, dass Staaten in Zukunft von systemrelevanten Instituten zu Rettungsmaßnahmen gezwungen werden können.“ (S. 53)

### → Gebrochen: Das mut- und planlose Vorgehen verhindert eine glaubwürdige Abwicklung und Restrukturierung

Nachdem die Bundesregierung bereits bei Amtsübernahme über einen Entwurf für ein Restrukturierungsgesetz verfügte, brauchte sie noch fast ein Jahr, um den Entwurf dem Bundestag vorzulegen, der dann im Eilverfahren das Restrukturierungsgesetz beschließen musste. Die darin trotz mehrfacher Überarbeitungen immer noch enthaltenen Schwachstellen schließen den glaubwürdigen Einsatz von Restrukturierungen oder Abwicklungen weiter aus.

So ist insbesondere die von der Bundesregierung verabschiedete nationale Bankenabgabe viel zu gering, um die Risiken eines Zusammenbruchs systemrelevanter Banken abdecken zu können. Trotz Rekordgewinnen der Banken kamen 2011 nur rund 590 Millionen zusammen. Bei dieser Geschwindigkeit wird der nationale Rettungsfonds mehr als 100 Jahre brauchen, um sein Zielvolumen von 70 Mrd EUR zu erreichen.

Nötig ist eine europäische Abwicklungsbehörde mit Durchgriffsrechten, die systemrelevante Banken in einem grenzüberschreitenden Verfahren unter Kostenbeteiligung der Gläubiger restrukturieren und abwickeln kann. Nötig wäre eine substantielle Bankenabgabe, die die Systemrelevanz erfasst und Zinsvorteile abschöpft, die Banken am Markt durch eine implizite Staatsgarantie genießen. Stattdessen soll durch die Möglichkeit einer direkten Bankenrekapitalisierung durch den ESM die Staatshaftung auf europäischer Ebene festgeschrieben werden.

### → Fazit: Schwarz-Gelb zementiert die Staatshaftung bei Bankenkrisen und unterstützt, dass sie durch den ESM auf Europa ausgeweitet wird.

## Schlingerkurs bei der Reform der Finanzmarktaufsicht

### Versprochen: Reform der Finanzmarktaufsicht

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, „die Bankenaufsicht in Deutschland bei der Deutschen Bundesbank zusammen(zu)föhren“ (S. 54). Für die europäische Ebene wurde „eine Vereinheitlichung der Aufsichts- und Prüfungsstandards in der Gemeinschaft“ vereinbart, bei der „die nationalen Kompetenzen und das Etatrecht unberührt bleiben.“ (S. 54)

→ **Gebrochen: Finanzminister Schäuble verirrt sich im Kompetenzgewirr**

An der versprochenen Radikalreform der deutschen Finanzaufsicht hat sich Bundesfinanzminister Schäuble in den letzten Jahren nicht ernsthaft versucht. Der im Frühjahr 2012 schließlich vorgelegte Gesetzentwurf schlug lediglich punktuelle Veränderungen vor. Fachlich wurde dieser überholt durch die Verständigung über die Einrichtung einer europäischen Bankenaufsicht im Sommer 2012.

Tatsächlich sehen die Vorschläge der Europäischen Kommission eine weitgehende Verlagerung der nationalen Kompetenzen vor: Unter die europäische Aufsicht sollen nicht nur systemrelevante, grenzüberschreitend tätige Banken, sondern auch viele tausend regionale Institute gestellt werden. Einen Plan, wie das Zuständigkeitswarr von europäischer Aufsicht, BaFin und Bundesbank gelichtet werden kann, hat Schäuble offenkundig nicht.

→ **Fazit: Schwarz-Gelb ist bei der Finanzaufsicht ratlos.**

## **Staatliche Beteiligung an Banken bleibt erhalten**

**Versprochen: Zügiger Ausstieg**

Union und FDP haben im Koalitionsvertrag versprochen, „eine Ausstiegsstrategie [zu] entwickeln“ (S.20), damit, „um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, staatliche Stützungsmaßnahmen [...] nach Ablauf der Krise zügig zurückgeführt werden“ (S. 54).

→ **Gebrochen: Ausstiegsstrategien verschwinden in der Schublade**

Zur Jahreswende 2010/2011 legte der Expertenrat der Bundesregierung Strategien für einen Ausstieg aus den krisenbedingten Beteiligungen bei Banken vor. Darin wird unter anderem empfohlen „eine Abwicklung der gesamten Hypo Real Estate-Gruppe [...] sehr ernsthaft in Betracht zu ziehen“. Im Bundesfinanzministerium legte man dieses Gutachten aber erstmal in die Schublade.

So ist der Bund auch heute noch mit 25 % an der Commerzbank beteiligt und bei der Hypo Real Estate plant man den Einstieg ins Privatkundengeschäft: Anstatt ihr Geld bei der Finanzagentur in Bundesschatzbriefe zu investieren, sollen die Bürger es doch lieber in die marode Staatsbank HRE tragen, Wettbewerbsverzerrung inklusive.

Noch in der großen Koalition wurde Mitte 2009 mit den Ministerpräsidenten der Länder eine Konsolidierung des Landesbankensektors bis Ende 2010 vereinbart. Die Erklärung blieb unter Schwarz-Gelb weitgehend folgenlos. Die notwendigen Konsolidierungsimpulse kamen aus Brüssel, nicht aus Berlin.

→ **Fazit: Schwarz-Gelb verpasst den Ausstieg aus „staatseigenen“ Banken.**

## Aufsicht mit Augenklappe

### **Versprochen: Aufsicht gemäß Systemrisiko**

Union und FDP wollten sich dafür einsetzen, dass „bei der Intensität der Regulierung und der Aufsicht über Finanzinstitute stärker nach dem Risiko und der Systemrelevanz des einzelnen Instituts differenziert wird“ (S. 53)

### **→ Gebrochen: Bei kleinen Banken wird genauer nachgeschaut als bei Großen**

Im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2012 waren für die Aufsicht über die Deutsche Bank AG mit einer Bilanzsumme von etwas über 2 Mrd. Euro bei der BaFin 19 Mitarbeiter und bei der Bundesbank rund 29 Mitarbeiter tätig. Die Sparkassen mit einer Bilanzsumme von zusammen rund 1 Mrd. Euro wurden durch rund 30 Mitarbeiter der BaFin und rund 100 bei der Bundesbank beaufsichtigt, die Genossenschaftsbanken mit einer Bilanzsumme von zusammen ebenfalls rund 1 Mrd. Euro von 55 Mitarbeitern der BaFin und 180 Mitarbeitern der Bundesbank.<sup>4</sup>

Bei Sparkassen wird jeder Euro in der Bilanz also durch mehr als dreimal bzw. sechsmal so viele Mitarbeiter bei BaFin bzw. Bundesbank beaufsichtigt wie bei der Deutschen Bank AG, bei den Genossenschaftsbanken sind es fünfmal bzw. zehnmal so viele Aufsichtsmitarbeiter je Euro wie bei der Deutschen Bank AG.

### **→ Fazit: Die Kleinen fängt man, die Großen lässt man laufen.**

---

<sup>4</sup> Quelle: DIP 17/10931, Bankenstatistik Deutsche Bundesbank

# EUROKRISE

## Die Griechenland-Lüge

### **Versprochen: Kein Geld für Griechenland**

„Hilfe steht nicht auf der Tagesordnung, denn Griechenland sagt selbst, dass es im Augenblick keine Hilfe braucht“, so Kanzlerin Merkel am 21. März 2010.

### → **Gebrochen: Ein Fass ohne Boden**

Bis Ende Juni hat Griechenland knapp 150 Mrd. € an Hilfskrediten von seinen europäischen Partner und dem IWF erhalten. Die nächsten 44 Mrd. € sollen noch im November 2012 frei gegeben werden. Und trotzdem: Der Schuldenstand Griechenlands wird zum Jahresende 2012 den Rekordwert von rd. 175% erreichen – Tendenz weiter steigend.

→ **Fazit: Die Abwärtsspirale aus Rezession und neuen Schulden ist ungebrochen. Die Schuldentragfähigkeit Griechenlands kommt nicht näher, sondern rückt in immer weitere Ferne.**

## Die Rettungsschirm-Lüge

### **Versprochen: Keine Transferunion, keine Rettungsschirme auf Dauer**

Im Juli 2010 erklärte Bundesfinanzminister Schäuble: „Solange Angela Merkel Bundeskanzlerin ist und ich Finanzminister bin, würden sie diese Wette verlieren. Die Rettungsschirme laufen aus. Das haben wir klar vereinbart.“

### → **Gebrochen: EFSF, ESM, EZB – alle retten**

Inzwischen folgte auf den befristeten Rettungsschirm EFSF nicht nur der dauerhafte Schirm ESM, nein zurzeit laufen beide Rettungsschirme parallel und gleichzeitig haben wir noch die Ankündigung der EZB, notfalls in unbegrenzter Höhe Anleihen der Krisenstaaten zu erwerben.

→ **Fazit: Wette verloren. Wort gebrochen.**

## Die Schuldenschnitt-Lüge

### **Versprochen: There will be no Staatsbankrott**

Nach den aktuellen griechischen Haushaltsplanungen wird die Gesamtverschuldung auf über 190% in den nächsten Jahren ansteigen. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble jedoch erneuerte im "Bericht aus Berlin" am 18. November sein „Nein“ zu einem massiven Schuldenerlass.

### → **Gebrochen: Die nächste Wahllüge kommt bestimmt**

Im Herbst 2011 – bei einem griechischen Schuldenstand von etwa 170% – war Bundesfinanzminister Schäuble, damals ebenfalls in einem „Bericht aus Berlin“, in Sachen Schuldenschnitt zu einem ganz anderen Ergebnis gekommen. Schäuble forderte damals "eine dauerhafte Lösung für Griechenland" und befand: "Das wird ohne eine Reduzierung der griechischen Gesamtverschuldung nicht gehen".

Die Auflösung dieses Widerspruchs: Heute geht es Schäuble und der Bundesregierung gar nicht mehr um eine dauerhafte Lösung für Griechenland – man will einfach nur irgendwie übers Wahljahr kommen, um dem staunenden Publikum anschließend die Wahrheit zu präsentieren: ein Schuldenverzicht zulasten der öffentlichen Kreditgeber, also auch zulasten des Bundeshaushalts.

→ **Fazit:** „Ob Merkel und Schäuble seit Anfang 2010 in Sachen Euro-Krise wiederholt die Unwahrheit gesagt haben oder ob sie es einfach nicht besser wussten, bleibt dahingestellt. Ebenso die Frage, was aus Sicht der Wählers hier eigentlich das Bedenklichere wäre: dass Politiker einer Partei, die das 'C' im Namen führt, fortgesetzt lügen (und seien es Notlügen) - oder dass unsere besten Politiker in Sachen Euro so naiv sind, dass sie glaubten, was sie sagten. Urteil: Die Aussagen der Bundeskanzlerin und ihres Finanzministers in Sachen Euro-Krise sind über die Jahre immer wieder völlig falsch. Note: eine klare Sechs.“ Spiegel-Online, 19. November 2012, unter dem Titel: „Die Schönredner“.

### Die „Bildungsrepublik“ bleibt eine Worthülse

#### Versprochen: „Bildungsrepublik Deutschland“

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP die „Bildungsrepublik Deutschland“ und eine Stärkung der Bildungsfinanzierung versprochen. Angekündigt wurde, Maßnahmen zu ergreifen, die es den Ländern erleichtern, ihre Bildungsaufwendungen zu steigern, um das sogenannte 10-Prozent-Ziel (BIP-Anteil) für Bildung und Forschung zu erreichen (S. 59).

#### → Gebrochen: Bildungsrepublik gescheitert

Schon 2008 hatte Bundeskanzlerin Merkel die Länder zum ersten Bildungsgipfel eingeladen. Ihr Anspruch: Deutschland soll zur „Bildungsrepublik“ werden. Aber auch drei ergebnislose „Bildungsgipfel“ später hat es Frau Merkel immer noch nicht geschafft, mit den Ländern verbindliche Vereinbarungen zu schließen, wie es gelingen kann, künftig 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildung und Forschung zu investieren. Im Juni 2010 ist auch der dritte Bildungsgipfel gescheitert. Schlimmer noch: Faktisch haben sich Union und FDP vom 10-Prozent-Ziel verabschiedet: Ein weiterer Anlauf mit den Ländern wurde nicht mehr unternommen.

Für das Scheitern Merkels „Bildungsrepublik“ gibt es mehrere Gründe:

- Bildungsministerin Schavan und die schwarz-gelbe Koalition betreiben eine **orientierungslose Bildungspolitik**, die sich in wirkungslosen Schaufensterprojekten erschöpft, die keinen nachhaltigen Beitrag für mehr Chancengleichheit oder bessere Bildung leisten. Der überwiegende Teil des 12-Mrd-Programms für Bildung und Forschung fließt in Programme und Initiativen, die unter Rot-Grün gestartet (Exzellenzinitiative, Pakt für Forschung und Innovation) bzw. zu Zeiten der Großen Koalition von der SPD angestoßen wurden (Hochschulpakt). Mit dem Rest des zusätzlichen Geldes weiß Schavan faktisch nichts Sinnvolles anzufangen. Vor allem lehnt es Schwarz-Gelb ab, in die öffentliche Bildungsinfrastruktur zu investieren, um tatsächlich einen echten Mehrwert für mehr Qualität und Chancengleichheit im Bildungswesen zu erzielen. Von ihrem Angebot an die Länder beim Bildungsgipfel, jährlich 5,2 Milliarden Euro zusätzlich für Bildung bereitzustellen, um das 10-Prozent-Ziel zu erreichen, ist die Bundesregierung weit entfernt.
- Schwarz-Gelb blockiert sich in der Bildungspolitik selbst. Nach wie vor weigern sich Union und FDP beharrlich, das **Kooperationsverbot** bei der Bildung im Grundgesetz aufzuheben. Zu gemeinsamer Verantwortung von Bund und Ländern für bessere Bildung ist Schwarz-Gelb nicht bereit.
- Gleichzeitig haben Union und FDP mit ihrer kurzsichtigen und **klientelorientierten Steuerpolitik** die Finanzausstattung der Länder zusätzlich belastet. Sie haben damit ihre bildungspolitische Handlungsfähigkeit eingeengt, obwohl diese die Hauptverantwortung für das Bildungswesen in Deutschland tragen.



79 Prozent der Bevölkerung hielten die „Bildungsrepublik“ von Kanzlerin Merkel nach einer Forsa-Umfrage schon 2010 nur noch für eine Worthölse. Sie haben Recht behalten

→ **Fazit: Schwarz-Gelb hat ein zentrales Versprechen an die junge Generation gebrochen und die Chance zu einem echten Bildungsaufbruch in Deutschland vertan.**

## **Scheitern bei der besseren Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse**

### **Versprochen: Anerkennung von 300.000 ausländischen Bildungsabschlüssen**

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, „in Abstimmung mit den Ländern einen gesetzlichen Anspruch auf ein Anerkennungsverfahren [zu] schaffen, das feststellt, inwieweit im Ausland erworbene Qualifikationen deutschen Ausbildungen entsprechen. Wir wollen, dass das Verfahren einfach, transparent und nutzerfreundlich gestaltet ist und streben eine Erstanlaufstelle an. Die Möglichkeiten für Anpassungs- bzw. Ergänzungsqualifizierungen werden wir ausbauen“ (S. 78). Bildungsministerin Schavan kündigte großspurig an: „Unsere Volkswirtschaft kann sich auf bis zu **300.000 neue Fachkräfte** freuen“ (FTD, 18.10.2010). In der Startphase rechnete sie mit 25.000 Anerkennungen pro Jahr.

### → **Gebrochen: Integrationshürden bleiben**

Die Verbesserung der Anerkennung ausländischer beruflicher und akademischer Abschlüsse ist ein Schlüssel zur besseren Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen und Migranten. Der 7. Migrationsbericht geht beispielsweise von bundesweit etwa 500.000 zugewanderten Akademiker/innen aus, deren Qualifikation nicht anerkannt ist und die daher nicht ausbildungsangemessene Tätigkeiten ausüben müssen. In Zeiten des Fachkräftemangels und der Diskussion um qualifizierte Zuwanderung ein unhaltbarer Zustand.

Qualifizierte Einwanderer brauchen klare Rechtsansprüche auf ein Verfahren zur Anerkennung ihrer im Ausland erworbenen Bildungsabschlüsse sowie auf geförderte Maßnahmen zur Anpassungs- oder Nachqualifizierung.

Ministerin Schavan hatte zu Beginn der Legislaturperiode Eckpunkte vorgelegt (Kabinett Dezember 2009) und eine Gesetzesinitiative bis zur Sommerpause 2010 versprochen. Fast anderthalb Jahre verstrichen ohne Initiative bis das Kabinett schließlich im März 2011 einen Gesetzentwurf vorlegte. Ein weiteres Jahr verstrich, bis die Neuregelungen im April 2012 in Kraft traten.

Inzwischen zeigt sich, dass die Bundesregierung und Bildungsministerin Schavan ihre hochgesteckten Versprechen nicht erfüllen können. Gerade mal **270 positive Anerkennungsbescheide** wurden im ersten halben Jahr von den zuständigen Stellen für IHK-Berufe verschickt. Von den 300.000 Menschen, von denen sowohl Bildungsministerin Schavan als auch Integrationsstaatsministerin Böhmer gerne sprachen,

chen, ist nichts mehr zu hören. Stattdessen verkauft Schavan es als Erfolg, dass 180.000 Menschen die Homepage zur Anerkennung der Abschlüsse besucht haben. Herzlichen Glückwunsch.

Für die SPD steht fest: Wir brauchen ein besseres Gesetz. Dazu gehört vor allem auch ein besseres Angebot an Anpassungslehrgängen und Prüfungs-Vorbereitungsmaßnahmen inkl. berufsspezifischer Sprachkurse.

→ **Fazit: Schwarz-Gelb scheitert bei der Integrationspolitik.**

## Implosion des „Nationalen Stipendienprogramms“

### Versprochen: Stipendien für 160.000 Studierende

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, den „Anteil der Stipendiaten mittelfristig von heute zwei auf zehn Prozent der Studierenden zu erhöhen. (...) Hierzu werden wir gemeinsam mit den Ländern ein nationales Stipendienprogramm ins Leben rufen, mit dem wir von Universitäten und Fachhochschulen bei Wirtschaft und Privaten eingeworbene Stipendien in Höhe von 300 Euro im Monat (...) bis zur Hälfte öffentlich bezuschussen. Die öffentliche Finanzierung soll dabei je zur Hälfte durch den Bund und die Länder erfolgen“ (S. 60). Eine Erhöhung des Stipendiatenanteils auf zehn Prozent würde bedeuten, **bis zu 160.000 Studentinnen und Studenten** zusätzlich über Stipendien zu fördern.

### → Gebrochen: Weniger als 11.000 Stipendien

Als im Juni das Nationale Stipendiengesetz mit schwarz-gelber Mehrheit im Bundestag verabschiedet wurde, war bereits klar, dass dieses Gesetz das Papier nicht wert ist, auf dem es geschrieben ist. Für das erste Gesetzesvorhaben in der Bildungspolitik erntete Schwarz-Gelb zu Recht massive Kritik von allen Seiten. Das Programm verschärft die Chancenunterschiede im Studium, schafft bürokratische Belastungen für die Hochschulen und führt zu Beliebigkeit in der Studienförderung. Selbst konservative Studierenden-Verbände bezeichneten das Vorhaben schlichtweg als „Quatsch“. Und sogar die von Union und FDP zur Anhörung im Bundestag bestellten Experten bescheinigten dem Stipendienprogramm erhebliche Mängel.

Um einer Niederlage zu entgehen und ihr Prestigeprojekt trotz Widerstand durch den Bundesrat zu drücken, entband Ministerin Schavan die Länder von der Mitfinanzierung und sagte zu, den öffentlichen Anteil komplett aus Bundesmitteln zu finanzieren. Deshalb musste sie die erste Novelle zur Änderung der Finanzierungsregelungen vorlegen, noch bevor das Gesetz überhaupt in Kraft getreten war.

Die Vorstellung aber, bis zu 160.000 Studentinnen und Studenten in dieser Legislaturperiode über das Programm fördern zu wollen, um eine Stipendiatenquote von 10 Prozent zu erreichen, war von Anfang an eine schwarz-gelbe Illusion. Deshalb wurde das Programm von der Regierung schnell auf extreme Sparflamme herunter gefahren. Ergebnis ist eine regelrechte Implosion der im Haushalt zur Verfügung ste-

henden Mittel. Statt wie ursprünglich geplant 150 Mio. Euro stehen derzeit nur 36,7 Mio. Euro im Haushalt bereit. Und es zeichnet sich ab, dass davon 2012 fast die Hälfte liegen bleiben wird. 2011 wurden gerade mal 5.375 Stipendien vergeben, ganze 5.600 kommen 2012 dazu. Nicht einmal **11.000 Stipendien** wurden in den ersten beiden Jahren vergeben. Das Bildungsministerium beschwichtigt. Staatssekretärin Cornelia Quennet-Thielen: „Rom ist auch nicht an einem Tag erbaut worden“ (Deutschlandfunk vom 30.05.2012).

→ **Fazit: Schwarz-Gelb hat sich mit der versprochenen „neuen Stipendienkultur“ verhoben.**

## Chaos bei der Studienplatzvergabe

### Versprochen: Leistungsfähige Studienplatzvergabe

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, „die Länder bei der Umgestaltung der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) zu einer leistungsfähigen Servicestelle [zu] unterstützen“ (S. 61).

### → Gebrochen: Anhaltendes Chaos bei der Studienplatzvergabe

Seit Jahren werden Tausende von Studienplätzen nicht besetzt, nur weil es an einer funktionierenden bundesweiten Koordinierung der Zulassungsverfahren an den Hochschulen fehlt. 18.000 nicht besetzte Studienplätze heißt: 18.000 junge Menschen, die studieren wollen, aber nicht studieren können. Deshalb muss das Versprechen, die ZVS zu einer leistungsfähigen Servicestelle für die Hochschulzulassung umzugestalten, rasch realisiert werden.

Gemeinsam mit den Ländern versucht Ministerin Schavan nun schon seit fünf Jahren, ein bundesweites Koordinierungsverfahren auf den Weg zu bringen, das für den notwendigen Abgleich von Mehrfachbewerbungen sorgt und freibleibende Studienplätze vermeidet. Immer wieder hat sie den Start des neuen Zulassungsverfahrens verschieben müssen. Damit steht dem deutschen Hochschulsystem gerade in der Phase kein modernes und leistungsfähiges Zulassungsverfahren zur Verfügung, die von einer steigenden Studiennachfrage (auch aufgrund doppelter Abiturjahrgänge und Wehrpflichtaussetzung) geprägt ist.

Nun gab es zum Start dieses Wintersemesters einen Probetrieb, in dem sage und schreibe 2.200 Studienplätze vergeben wurden – bei über 500.000 erwarteten Studienanfängern.

Weder Planbarkeit noch Erwartungssicherheit konnten bisher gewährleistet werden. Beides wäre wesentliches Merkmal eines professionellen Projektmanagements.

→ **Fazit: Schwarz-Gelb ist die Chaoskoalition – auch bei der Studienplatzvergabe.**

## Zukunftskonto Bildung – beerdigt

### **Versprochen: „Zukunftskonto Bildung“**

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, „jedem neu geborenen Kind (...) ein Zukunftskonto mit einem Startguthaben von 150 Euro ein[zu]richten und Einzahlungen bis zur Volljährigkeit mit einer Prämie [zu] unterstützen“ (S. 61).

### **→ Gebrochen: Beerdigung erster Klasse**

Noch Anfang 2010 hatte Schavan von ihrem Zukunftskonto für Bildung geschwärmt. Schon im Sommer 2010 wurde das Vorhaben auf unbestimmte Zeit ad acta gelegt. Auf Nachfrage der SPD teilte das Schavan-Ministerium im August 2010 mit, es seien zunächst „umfangreiche inhaltliche, rechtliche und administrative Fragen zu klären, sowie bildungspolitische Erträge und finanzielle Belastungen abzuschätzen.“ Daher seien im Regierungsentwurf für den Haushalt 2011 keine Mittel vorgesehen. Auch in den kommenden Jahren sei „keine haushaltswirksame Prämienauszahlung“ zu erwarten. Im Klartext hieß das: Beerdigung erster Klasse.

Zwei Jahre später kam das Thema unter dem Titel „Bildungssparen“ wie aus dem Nichts wieder auf die Tagesordnung des Koalitionsausschusses, der Anfang November 2012 ankündigte, „ein Modell des Bildungssparens (zu) beschließen, das (...) anstelle der Auszahlung des Betreuungsgeldes von den Familien genutzt werden kann und mit einem zusätzlichen Bonus von 15 Euro/Monat verbunden ist.“ Damit wurde das Thema zum bildungspolitischen Placebo, der der FDP die Zustimmung zum bildungsfeindlichen Betreuungsgeld erleichtern sollte. Wie das aussehen soll, ist völlig unklar.

Privates Bildungssparen kann die sozialen Schieflagen im Bildungssystem nicht beheben. Chancengleichheit braucht bessere Kitas und Schulen für alle Kinder.

**→ Fazit: Schwarz-Gelb will Privilegien statt Chancengleichheit. Doch mit dem Bildungssparen scheitert die Koalition wiederholt am eigenen Diletantismus. Ist nicht schade drum.**

## Lokale Bildungsbündnisse auf Alibi-Niveau geschrumpft

### **Versprochen: „Lokale Bildungsbündnisse“**

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, „vor Ort Bildungsbündnisse aller relevanten Akteure – Kinder- und Jugendhilfe, Eltern, Schulen, Arbeitsförderung sowie Zivilgesellschaft – [zu] fördern,“ die sich mit diesem Ziel zusammenschließen, die Bildungschancen benachteiligter Kinder und Jugendlicher zu fördern.

→ **Gebrochen: Ein Vorhaben wird geschrumpft**

Ministerin Schavan ist mit dem Vorhaben lokaler Bildungsbündnisse weitgehend gescheitert. Rund **1,5 Milliarden Euro** waren für das Projekt im Bundeshaushalt und der Finanzplanung ursprünglich vorgesehen. Doch in den Verhandlungen zu zwei Bildungsgipfeln gelang es ihr noch nicht einmal, die eigenen Ministerpräsidenten von CDU/CSU von dem Konzept zu überzeugen. Schließlich musste Schavan das Geld an den Etat von Arbeitsministerin von der Leyen zur Finanzierung des Bildungs- und Teilhabepakets abtreten.

Jetzt sind im Haushalt 2013 rund **30 Millionen Euro** für ein Programm zur „Förderung von Maßnahmen der kulturellen Bildung für bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche im Rahmen von Bündnissen für Bildung auf lokaler Ebene ab Anfang 2013 vorgesehen“ (BMBF). Mehr als ein paar kleinteilige Projekte in den Kommunen, die für Fototermine lokaler Koalitions-Abgeordneter im anstehenden Wahlkampf taugen, sind von dem großspurig angekündigten Vorhaben nicht mehr zu erwarten.

→ **Fazit: Schwarz-Gelb scheitert mit groß angekündigten Bildungsprojekten.**

## Kürzung der Ausbildungsförderung

### Versprochen: Wirkungsvollere Ausbildungsförderung

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, jedem ausbildungsfähigen und ausbildungswilligen Jugendlichen ein Ausbildungsangebot zu machen. (...) Wir werden das Übergangssystem neu strukturieren und effizienter gestalten. Maßnahmen sollen grundsätzlich – auch mit Hilfe von Ausbildungsbausteinen – auf Ausbildung und Berufsabschluss ausgerichtet werden“ (S. 62). Bei der Kabinettklausur im Juni 2010 kündigte die Bundesregierung an, „die Vielzahl der verschiedenen Programme und Förderinstrumente für junge Menschen zur Eingliederung in Ausbildung und Arbeit besser aufeinander abzustimmen und (...) zu bündeln“ (Beschluss der Bundesregierung zum so genannten Sparpaket vom 07.06.2010).

→ **Gebrochen: Kürzung der Haushaltsmittel**

Statt einer wirkungsvolleren Ausbildungsförderung folgten einseitig Milliardenstreichungen bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik, die Streichung des Ausbildungsbonus' und des Qualifizierungszuschusses für jüngere Arbeitnehmer sowie neue Hürden bei der Berufsorientierung und Berufseinstiegsbegleitung. Aufgrund falscher Prioritätensetzung wollte das BMBF sogar vielen bisher geförderten Projekten in der Berufsorientierung die Fortsetzung verwehren. Und die nun im SGB III von der Koalition durchgesetzte hälftige Mitfinanzierung Dritter bei von SPD-Arbeitsminister Olaf Scholz eingeführten Berufseinstiegsbegleitern wird zu einem Einbruch bei diesen wichtigen Maßnahmen führen (Übergangsregeln bis Ende 2013).

In die Entwicklung so genannter Ausbildungsbausteine hat Schavan dagegen viel Geld gesteckt, ohne jeden Erfolg des Projektes. Bis heute hat noch kein Teilnehmer alle für eine volle Berufsqualifizierung notwendigen Bausteine vollständig durchlaufen, während der Bericht zur Zwischenevaluation feststellt: „Es gibt Fälle, in denen die Anrechnung von (Ausbildungsbausteinen) auf eine sich anschließende betriebliche Ausbildung gelingt, sie sind aber deutlich die Ausnahme.“

→ **Fazit: Schwarz-Gelb verschlechtert die Ausbildungschancen.**

## Ausbildungspolitik an Jugendlichen und Gewerkschaften vorbei

### Versprochen: Ausbildungspakt mit den Gewerkschaften

„Wir wollen den erfolgreichen Ausbildungspakt mit der Wirtschaft fortführen, weiterentwickeln und laden Gewerkschaften und Länder ein, als neue Paktpartner mitzuwirken“ (Koalitionsvertrag, S. 62).

### → Gebrochen: Ausbildungspakt für Arbeitgeber

Bei der Verlängerung des Ausbildungspaktes 2010 versäumte es die Bundesregierung, ehrgeizige Selbstverpflichtungen einzugehen, von der Wirtschaft ehrgeizige Zielmarken für das Ausbildungsangebot einzufordern und so auch die Voraussetzung dafür zu schaffen, die Gewerkschaften als Paktpartner mit ins Boot zu holen. Die „Bundesregierung knickt auf Druck der Arbeitgeber ein“, kritisierte der DGB damals. „Offenbar geht es den Pakt-Partnern mehr um eine ‚Erfolgs-Bilanz‘ auf ihrer Pressekonferenz als ernsthaft um die Ausbildung von jungen Fachkräften“, so DGB-Vorstandmitglied Ingrid Sehrbrock, CDU (Pressemitteilung DGB vom 26.10.2010).

Dass sie mit dieser Einschätzung nicht falsch lag, zeigte sich vor wenigen Wochen: Die Bundesregierung feiert vermeintliche Erfolge am Ausbildungsmarkt – und ignoriert die **76.000 Jugendlichen, die im Ausbildungsjahr 2012 keinen Ausbildungsplatz fanden**, obwohl sie die BA als „ausbildungsreif“ eingestuft hat.

→ **Fazit: Keine Ausbildungschancen für alle Bewerber.**

## Scheitern der Weiterbildungsallianz

### Versprochen: Allianz für Weiterbildung

Um lebensbegleitendes Lernen zu stärken, „wollen wir gemeinsam mit den Sozialpartnern, den Ländern, der Bundesagentur für Arbeit und den Weiterbildungsverbänden eine Weiterbildungsallianz schmieden.“ (Koalitionsvertrag, S. 62).

→ **Gebrochen: Weiterbildungsallianz lässt auf sich warten**

Bis heute hat die Bundesregierung keine Weiterbildungsallianz geschmiedet. Letzter Stand: man befinde sich „in Abstimmungsgesprächen“.

→ **Fazit: Vorsicht, Worthülse!**

## Steuerliche Forschungsförderung abgesagt

### Versprochen: Steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP „eine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung“ versprochen, die „zusätzliche Forschungsimpulse insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen auslöst“ (S. 15). Monatelang verkündete die schwarz-gelbe Regierung in regelmäßigen Abständen, bald eine steuerliche Forschungsförderung einzuführen. 1,5 Milliarden Euro wollte Forschungsministerin Schavan dafür in die Hand nehmen.

→ **Gebrochen: Steuerliche Forschungsförderung „nicht realisierbar“**

Im September 2010 musste die Bundesregierung auf Druck der SPD-Bundestagsfraktion schließlich Farbe bekennen. In der Antwort der Bundesregierung (Drs. 17/2942) auf eine Große Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion zu diesem Thema gestand Schwarz-Gelb kleinlaut ein: „Die Einführung einer steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung (FuE) ist derzeit nicht realisierbar.“

→ **Fazit: Wortbruch bei der Forschungsförderung.**

